

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD, Bern

[vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch](mailto:vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch)

Liestal, 23. Juni 2026

**Vernehmlassung betreffend Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (Meldung von Personen mit besonderem Beratungsbedarf bei der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Besten Dank für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung.

Wir begrüssen die Stossrichtung der neuen Meldepflicht. Insbesondere ist zu erwarten, dass die Zusammenarbeit zwischen den Migrationsbehörden, wo die Begrüssungsgespräche durchgeführt werden, und dem kantonalen Laufbahnzentrum (LBZ) dadurch weiter gestärkt und institutionalisiert wird.

Die Wirkung der Massnahme bleibt jedoch abzuwarten. Wir gehen zurzeit davon aus, dass die Teilnahmequote trotz Meldepflicht eher moderat ausfallen dürfte. Noch schwieriger einzuschätzen ist, in welchem Ausmass die Gespräche zu konkreten Ergebnissen führen werden, insbesondere hinsichtlich Ausbildungsaufnahmen oder Arbeitsmarktintegration. Vor diesem Hintergrund erachten wir eine systematische Evaluation als zentral. Diese sollte eine fundierte Entscheidungsgrundlage dafür liefern, ob und in welcher Form der Pilot im Jahr 2030 weitergeführt werden soll.

Wir sind überzeugt, dass die Berufs- Studien- und Laufbahnberatung aufgrund ihrer Expertise, ihrer Erfahrung mit heterogenen Zielgruppen sowie ihrer bereits etablierten Strukturen einen wichtigen Beitrag zur erfolgreichen Integration der betroffenen Personen leisten kann. Das Laufbahnzentrum ist gut positioniert, um die im Gesetzesentwurf vorgesehenen Aufgaben kompetent und wirkungsvoll wahrzunehmen. Wichtig ist, dass die Finanzierung dieses neuen Angebots an geeigneter Stelle geregelt wird, und festgehalten wird, dass der Bund die Kantone bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe unterstützt. Wir schlagen eine Regelung analog zu Art. 57 Abs. 3 des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) vor.

Hochachtungsvoll

Dr. Anton Lauber  
Regierungspräsident

Elisabeth Heer Dietrich  
Landschreiberin